
Wolfgang J. Mommsen

Die Idee der deutschen Nation in Geschichte und Gegenwart

Prof. Dr. Wolfgang J. Mommsen, geb. 1930 in Marburg, Studium der Geschichte in Marburg und Köln, lehrt seit 1968 Neuere Geschichte an der Universität Düsseldorf. Er ist Vorsitzender des Verbands der Historiker Deutschlands.

Zwei deutsche Staaten und eine deutsche Nation

Die jüngsten dramatischen Entwicklungen in der DDR haben die Frage nach der staatlichen Verfassung der deutschen Nation, die lange Zeit in der öffentlichen Diskussion in den Hintergrund getreten war und nur noch für rhetorische Sprachübungen von Politikern gut schien, mit einem Schlage neu aufgeworfen. Die Wahlen in der DDR vom 18.°März°1990 haben mit bemerkenswerter Eindeutigkeit gezeigt, daß für die Bürger der DDR die Idee der Nation keineswegs nur eine leere Formel ist, hinter der sich andere, konkretere Ziele verbergen. Sie steht nicht nur für eine emotionale Identifikation mit der gemeinsamen Vergangenheit der Deutschen, die nach vierzig Jahren der Herrschaft des Marxismus-Leninismus in unerwartet lebendiger Erinnerung ist, sondern mehr noch für die Hoffnung auf eine gemeinsame Zukunft mit den Deutschen der Bundesrepublik, denen es offenbar gelungen ist, einen neuen, glücklicheren Weg für die ganze deutsche Nation zu bahnen, der die Misere der Nachkriegsära endgültig hinter sich zu lassen verspricht.

Diese Ereignisse haben die Deutschen in der Bundesrepublik vor eine neue Situation gestellt. Das Wort „deutsche Nation“ wurde in den letzten Jahrzehnten in der Bundesrepublik vielfach besonders von jenen im Munde geführt, die daraus politisches Kapital zu schlagen hofften oder damit radikale politische Zielsetzungen verbanden. Mit einem Male aber hat das Bekenntnis zur Nation jene emanzipatorische Bedeutung zurückgewonnen, die es im früheren 19.°Jahrhundert einmal gehabt, jedoch zumindest in Deutschland schon lange verloren hatte. Dies erfordert eine Neuorientierung auch im politischen Bewußtsein der Bundesrepublik, die weniger leicht bewerkstelligt werden kann, als es auf den ersten Blick der Fall zu sein scheint.

Die Bundesrepublik hat sich zwar von Anbeginn als ein provisorisches Staatsgebilde betrachtet, dem es aufgegeben sei, sich zu einem deutschen Gesamtstaat fortzubilden, sobald die politischen Verhältnisse dies erlauben würden, aber diese Verpflichtung war im Laufe der letzten Jahrzehnte immer stärker zu einer bloßen Leerformel geworden. Nach dem gescheiterten Aufstand in der DDR am 17.°Juni 1953 wurde der Tag der deutschen Einheit begründet, als ein mahnendes Symbol, daß den Deutschen das Ziel der Wiederherstellung der Einheit in Freiheit weiterhin aufgegeben sei und nicht aus

dem Auge verloren werden dürfe. Allein, in den folgenden Jahrzehnten gewöhnten sich die Bürger der Bundesrepublik mehr und mehr daran, daß die „Wiedervereinigung“ beider deutschen Staaten in weiter Ferne hege und richteten sich diesseits des Eisernen Vorhangs häuslich ein. Durch die „Ostpolitik“ der siebziger Jahre wurden die Konsequenzen der deutschen Teilung gemildert, vor allem für die Berliner und die Deutschen im Westen, und ein wenig mehr Transparenz in die Mauer hineingebracht. Aber grundlegende Veränderungen des politischen Systems in der DDR konnten angesichts der politischen Großwetterlage, die weiterhin durch den unversöhnlichen Gegensatz der beiden Weltsysteme des Marxismus-Leninismus und des westlichen, auf marktwirtschaftlichen Grundlagen ruhenden demokratischen Systems bestimmt wurden, auf diese Weise nicht erreicht werden. So begannen sich die Deutschen der Bundesrepublik langsam darauf einzustellen, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit nur noch eine ideale Forderung sei, mit deren Verwirklichung in absehbarer Zukunft eigentlich nicht mehr gerechnet werden könne. Die Entwicklung schien mit raschen Schritten auf die Entstehung von zwei unterschiedlichen Staatsgebilden deutscher Nation hinauszulaufen.

In der DDR unternahm die marxistisch-leninistische Staatspartei der SED den Versuch, einen sozialistischen Staat deutscher Nation zu gründen, der sich auf seine revolutionäre Entgegensetzung zur Tradition des deutschen Nationalstaats seit Bismarck und seinen konsequenten Bruch mit dem Faschismus einiges zugute hielt. Andererseits suchte die DDR von Anfang an jene Bestände der deutschen Nationalgeschichte, die von einem sozialistischen Standpunkt aus als progressiv galten, für die eigene Tradition in Anspruch zu nehmen, insbesondere die großen kulturellen Leistungen in Deutschland von der Reformation bis hin zum deutschen Idealismus. Die offizielle Staatsideologie der DDR ging davon aus, daß allein der sozialistische Staat deutscher Nation der legitime Erbe der deutschen Nationalkultur sei, während die Bundesrepublik ein imperialistisches System darstelle, welches den Faschismus nicht wirklich überwunden habe und noch dazu vom Westen überfremdet worden sei. Im Zuge der Entwicklung stellte sich dann freilich heraus, daß eine derartige selektive Aneignung des, wie es im offiziellen Jargon hieß, deutschen „Kulturerbes“ nicht auf Dauer durchführbar war. Demgemäß ging die DDR in den letzten Jahrzehnten zunehmend dazu über, die Zeugen und Denkmäler der deutschen Nationalgeschichte, auch wenn sie dem aristokratisch-autoritären, nicht dem fortschrittlichen und proletarischen Deutschland zuzurechnen sind, wieder in den Kanon der Traditionsbestände aufzunehmen, die zur Vorgeschichte der DDR, als des angeblich rechtmäßigen Erben der deutschen Nationalgeschichte, gehören, um der DDR damit indirekt zusätzliche Legitimationsquellen in den Augen der Bevölkerung zu erschließen. So wurde das Denkmal Friedrichs des Großen, das anfänglich zu einem Schattendasein in einer Lagerhalle verdammt worden war, wieder errichtet und am Ende auch die Quadriga auf dem Brandenburger Tor mit westlicher Hufe wiederhergestellt.

Es erwies sich jedoch, daß alle diese Versuche, mit manipulativen Mitteln ein neues, anders geartetes Nationalbewußtsein zu schaffen, zum Scheitern verurteilt waren. Paradoxe Weise haben sie im Gegenteil dazu beigetragen, daß in mancher Hinsicht das überkommene Nationalbewußtsein der Deutschen, unter der Oberfläche der marxistisch-leninistischen Ideologie, in der DDR in weit höherem Maße unverändert erhalten geblieben ist als in der Bundesrepublik. Offenbar ist nationales Bewußtsein ein relativ zählebiges Phänomen, das sich kurzfristiger politischer Instrumentalisierung entzieht.

Dies hat sich auch in der Bundesrepublik, freilich in umgekehrter Frontrichtung, herausgestellt: Auch hier führten die seit Mitte der achtziger Jahre vermehrten Bemühungen, eine neue, positiv besetzte nationale Identität der Deutschen der Bundesrepublik ins Leben zu rufen, nicht zu wirklichen Resultaten, sondern lösten vielmehr nur eine erbitterte Debatte über die Deutung der Epoche des Nationalsozialismus und deren Verortung im Rahmen der deutschen Nationalgeschichte aus, in der am Ende die Kritiker einer Wiederbelebung eines „deutscheren“ deutschen Nationalbewußtseins, das seinen Schlußstrich unter die jüngste Vergangenheit gezogen habe und den Deutschen angeblich wieder einen „aufrechten Gang“ erlaube, das Übergewicht behauptete.

In den fünfziger Jahren bestand in der Bundesrepublik ein relativ ahistorisches Bewußtsein; die Beschäftigung mit der jüngsten Vergangenheit, ja der deutschen Nationalgeschichte als solcher, die mit dem Wissen um eigene Schuld und eigene Verstrickungen verknüpft war, verlor an Boden zugunsten einer vorwiegend pragmatischen, auf die Wiedererlangung und Mehrung materieller Güter konzentrierten Gesinnung. Davon abgesehen erschien die Idee der Nation hoffnungslos diskreditiert; nicht ihre Läuterung im Sinne demokratischer Selbstbestimmung, sondern ihre Überwindung schien angesagt. Karl Jaspers urteilte im Jahre 1960: „Die Geschichte des deutschen Nationalstaats ist zu Ende. Was wir als große Nation uns und der Welt leisten können, ist die Einsicht in die Weltsituation heute: daß der Nationalstaat heute das Unheil Europas und auch aller Kontinente ist. Während der Nationalstaatsgedanke die heute übermächtig zerstörende Kraft der Erde ist, können wir beginnen, ihn an der Wurzel zu durchschauen und aufzuheben.“ Im Zuge der kritischen Revision der eigenen Nationalgeschichte im Lichte der Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus kam es hier zu einer partiellen Distanzierung von der Idee der Nation überhaupt; dies wurde begünstigt durch ein geistiges Klima, das in erster Linie auf die Bewältigung der Alltagsaufgaben gerichtet war. Allerdings stand der Bundesrepublik in der Entgegensetzung zum Kommunismus eine kraftvolle, wenn auch sekundäre Quelle für die Legitimität des eigenen politischen und gesellschaftlichen Systems zur Verfügung, die durch den großen wirtschaftlichen Erfolg des „Wirtschaftswunders“ eine starke, indirekte Absicherung erhielt.

Diese Situation hat sich seit einigen Jahren grundsätzlich verändert. Die weltweite Renaissance nationalen Denkens ging auch an den beiden deut-

schen Staaten nicht vorüber. Mit einem Male war der Ruf nach einer neuen nationalen Identität der Deutschen in aller Munde. Der „Historikerstreit“ der letzten Jahre drehte sich vor allem um die Frage, ob die Bundesrepublik eines neuen Nationalbewußtseins bedürfe, nachdem die Idee der Nation lange zu einer bloßen Leerformel verkommen schien, mit der namentlich die jüngere Generation kaum noch etwas anzufangen wußte. Heute, so scheint es, hat sich diese Situation tiefgreifend verändert; vor allem die Bevölkerung der DDR hat sich mit großer Eindeutigkeit zum Gedanken der staatlichen Einheit der deutschen Nation bekannt, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann die beiden deutschen Staaten wieder zusammengewachsen sein werden.

Damit wird die alte Frage, was denn des Deutschen Vaterland sei oder, pragmatischer formuliert, wer denn ein Deutscher sei und wer nicht, aufs neue aktuell. Doch bevor wir darauf näher eingehen, sei zuvor gefragt, ob man nicht einfach ohne die Idee des Vaterlandes bzw. die Idee der Nation auskommen könne. In den sechziger Jahren haben vor allem die Deutschen der Bundesrepublik versucht, vor diesem Problem wegzutauchen. Sie wandten sich von ihrer eigenen jüngsten Vergangenheit, die mit traumatischen Erfahrungen verbunden war, ab und suchten ihre Zukunft in dem Aufbau eines leistungsfähigen Wirtschaftssystems, in Anlehnung an die westliche Welt. Die historische Orientierung an die eigene staatliche Vergangenheit verblaßte; Nationalstolz knüpfte sich in erster Linie an die eigene wirtschaftliche Leistung, nicht an eine bestimmte politische Ordnung. Vielfach trat gar eine bewußte Orientierung an der Idee eines vereinten Europa an die Stelle der Idee der deutschen Nation. Der Europagedanke wurde, wie dies Ralf Dahrendorf einmal formuliert hat, zu einer Ersatzideologie für das nationale Denken. Anfang der sechziger Jahre nahmen die Deutschen der Bundesrepublik erheblichen Anstoß an de Gaulles Parole vom „Europa der Vaterländer“, die den Gedanken einer Verschmelzung der westeuropäischen Staaten zu einem europäischen Föderativstaat auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben drohte. Heute wären wir froh, wenn es selbst jenes auf Westeuropa reduzierte „Europa der Vaterländer“ wirklich schon gäbe. Wir beobachten weltweit ein Wiedererwachen nationaler Emanzipationsbewegungen, nicht zuletzt innerhalb der UdSSR, und es scheint, als ob sich auch die Deutschen, nach einer langen Periode relativer Abstinenz in nationalpolitischer Hinsicht, diesem Trend wieder angeschlossen haben.

Was ist die deutsche Nation?

Was konstituiert eine Nation? Und wie unterscheidet sich nationales Denken von aggressivem Nationalismus, wie wir ihn in der Vergangenheit zu unserem Leidwesen so vielfach erfahren haben? In ihren Anfängen war die Idee, daß eine jede Nation ihre politische Organisation vorzugsweise in einem eigenen Nationalstaate finden müsse, gegen die überkommene absolutistische Staatenwelt gerichtet. Sie war eng verbunden mit den liberalen und demokratischen Bewegungen, die die Beseitigung fürstlicher Willkürherrschaft und

aristokratischer Bevormundung forderten und den Übergang zu freiheitlichen Regierungsformen verlangten. Guiseppe Mazzini war der große Prophet eines friedlichen, in einer Vielfalt von demokratischen Nationalstaaten geeinten Europas, die sich - zumindest idealerweise - auf das Prinzip der demokratischen Selbstbestimmung der einzelnen Nationalitäten stützten. Im Laufe des 19.º Jahrhunderts lud sich dann die nationale Idee, im Zuge des Aufstiegs der modernen Machtstaaten, zu denen insbesondere das Deutsche Reich Bismarcks zählte, immer stärker mit aggressiven Tendenzen auf. Der Nationalstaat wurde intolerant gegenüber den ethnischen und kulturellen Minoritäten innerhalb seiner Grenzen, er wurde aggressiv gegenüber rivalisierenden Nationen, ja, mehr noch, er wurde imperialistisch. Es wurde zu einer Leitmaxime, daß sich die eigene nationale Kultur in dem künftigen Weltstaatsystem nur dann behaupten könne, wenn sich der Nationalstaat zu einem Weltreich, gleich anderen Weltreichen, erweitere, während die kleineren Nationen in eine abhängige politische Existenz zurückfallen würden. Am Ende standen die nationalistischen Exzesse des Nationalsozialismus, der die Gewaltherrschaft der germanischen Herrenrasse über den eurasischen Kontinent zu errichten bestrebt war. Das bedeutete im Grunde einen Bruch mit der herkömmlichen Idee der Nation. Hitler hat dann auch am Ende seines Lebens, inmitten der Ruinen der Reichshauptstadt Berlin, gemeint, daß sich das deutsche Volk seiner nicht als würdig erwiesen habe und demgemäß verdiene, zugrunde zu gehen. Der Nationalsozialismus diskreditierte den nationalen Gedanken in Deutschland und Europa auf lange Sicht. Seine Herrschaft hat dazu geführt, daß das deutsche Volk heute in seiner nationalen Identität tief verunsichert ist. Die Frage, wer ein Deutscher ist und wer nicht, ist heute schwieriger denn je zuvor zu beantworten.

Wenn es Schwierigkeiten bereitet, eindeutig zu sagen, wer denn eigentlich ein Deutscher sei, so ist dies zunächst in den Besonderheiten der deutschen Geschichte begründet. In Frankreich und in Großbritannien beispielsweise bildeten sich schon im späten Mittelalter relativ geschlossene, ethnisch wie kulturell ziemlich homogene monarchische Staaten heraus, die günstige Voraussetzungen für die schrittweise Formierung eines vergleichsweise einheitlichen nationalen Bewußtseins abgegeben haben. Die Deutschen hingegen spielten innerhalb des sogenannten Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation die Rolle eines Staatsvolkes, das sich, zumindest in den Randzonen dieses übernationalen Staatsgebildes, das weitere Bereiche des heutigen Europas umfaßte, über zahlreiche andere Nationalitäten schob. Dies gilt insbesondere für die sogenannte deutsche Ostkolonisation seit dem 12.º Jahrhundert: Sie hat dazu beigetragen, daß in Ostmitteleuropa eine ethnische Gemengelage entstanden ist, die in Resten auch heute noch fortexistiert. Noch im 17.º Jahrhundert siedelten österreichische Kaiser deutsche Bauern an der „Militärgrenze“ im heutigen Rumänien und teilweise auch in Ungarn an, um auf diese Weise einen Schutz gegen die immer erneuten Angriffe der türkischen Heere zu schaffen.

Jedoch hatte bereits seit dem 15.^o Jahrhundert ein allmählicher Verfall des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation eingesetzt, der dann im 18.^o Jahrhundert ein politisches Vakuum in der Mitte Europas entstehen ließ. Nur der Fiktion, nicht der Sache nach, galt das Heilige Römische Reich deutscher Nation weiterhin als ein politischer Verband aller Deutschen. Vielmehr zerfiel das ohnehin damals homogene Siedlungsgebiet der deutschen Nation in eine Vielzahl von Territorialstaaten höchst unterschiedlicher Größe und unterschiedlichen Ranges, die nicht selten, wie insbesondere Österreich und Preußen, erhebliche Teile nichtdeutscher Bevölkerungsgruppen umfaßten. Zugleich gingen große Teile des ehemals als deutsch geltenden Siedlungsgebiets an angrenzende Staaten verloren, so insbesondere die einst deutschen Territorien jenseits des Rheins. Die historische Rolle der Deutschen als einer Hegemonialnation im mittelalterlichen Europa und ihre nationale Zersplitterung in der Periode des Zerfalls des alten deutschen Reiches erklärt, weshalb es die Deutschen in der Vergangenheit so schwer hatten, sich zu einer einheitlichen Nation zusammenzufinden und weshalb sie es auch heute noch schwierig finden, sich wirklich als eine geeinte Nation zu verstehen.

In der Vergangenheit war es, in der Nachfolge Johann Gottfried Herders, die Regel, sich, wenn zur Debatte stand, was denn nun die deutsche Nation sei, an sogenannte objektive Kriterien, wie etwa eine gemeinsame Kultur und eine gemeinsame Sprache, zu halten. Aber dies ist ein durchaus unsicheres Unterfangen; weder die deutschsprachigen Amerikaner noch die deutschsprachigen Minderheiten in den südamerikanischen Ländern und schon gar nicht die Deutsch-Schweizer würden sich heute als Deutsche betrachten; ebenso gelten die Österreicher heute allgemein und unbestritten als eine eigenständige Nation. Die Geschichte lehrt darüber hinaus, daß die Kriterien, die Nation begründen können, durchaus veränderlicher Natur sind; eine gemeinsame Sprache, gemeinsame kulturelle Traditionen und eine gemeinsame Religionszugehörigkeit können, müssen jedoch keineswegs eine Nation konstituieren; entscheidend ist hingegen stets die Gemeinsamkeit geschichtlicher Erfahrungen von Großgruppen von Menschen über viele Generationen hinweg. Die westliche demokratische Tradition hingegen sieht in aller Regel das subjektive Bekenntnis des einzelnen Bürgers über seine Zugehörigkeit zu einer Nation als entscheidendes Kriterium an, nicht seine Ethnizität, seine kulturelle Prägung, seine religiöse Gesinnung, seine soziale Herkunft oder seine Hautfarbe. Die Nation ist für sie in gewissem Betracht, wie Ernest Renan es schon im 19.^o Jahrhundert formuliert hat, nicht etwas unveränderlich Vorgegebenes, das sich an objektiven Tatbeständen wie einer gemeinsamen Sprache und einer bestimmten Ethnizität festmachen läßt, sondern ein „plebiscite de tous jours“, ein immerwährendes Bekenntnis des freien Bürgers zu seinem Staat. Diese unterschiedliche Einstellung zur Idee des Nationalstaats wirkt bis in unsere Gegenwart hinein fort, obschon namentlich die Bundesrepublik sich diesem letzteren Standpunkt in den vergangenen Jahrzehnten um einiges angenähert hat.

Die Grenzen des deutschen Nationalstaats

Wir Deutschen haben uns gemeinhin daran gewöhnt, uns, wenn wir fragen, was denn des Deutschen Vaterland sei, an das Deutsche Reich zu halten, so wie es als Folge des deutschen Sieges über Frankreich am 18.°Januar 1871 in einer feierlichen Zeremonie im Spiegelsaal von Versailles begründet wurde. Aber das Deutsche Reich war damals bestenfalls ein „unvollendeter Nationalstaat“, in dem sowohl die Katholiken wie insbesondere die Arbeiterschaft zunächst als Bürger zweiter Klasse angesehen wurden. Überdies ließ es die Deutschen innerhalb des österreichischen Kaiserstaates, die sich damals durchaus als nationalgesinnte Deutsche empfanden, vor seinen Toren stehen. Ebenso betrachtete es große Teile der Nation, insbesondere den katholischen Volksteil und die industrielle Arbeiterschaft, als „Reichsfeinde“. Andererseits schloß das Kaiserreich eine beachtliche Zahl von ethnischen Minderheiten ein, französisch gesinnte Bürger im Elsaß und in Lothringen, auf deren mehr oder minder gewaltsame Wiedereindeutschung man hoffte, zahlreiche Dänen in Nordschleswig und schließlich mehr als drei Millionen Polen. Erst in vierzig Jahren einer im ganzen glücklichen Entwicklung, verbunden mit einem glanzvollen wirtschaftlichen Aufstieg, der durchaus mit dem „Wirtschaftswunder“ nach 1945 vergleichbar ist, wurde aus dem Deutschen Reich in den Augen seiner Bürger, oder doch ihrer großen Mehrheit, wirklich ein Nationalstaat, mit anderen Worten, die staatliche Verkörperung der deutschen Nation. Noch heute dient uns das Deutsche Reich von 1871, bewußt oder unbewußt, als wesentlicher Orientierungspunkt der Einheit der deutschen Nation. Zu Zeiten des Kaiserreichs war jedenfalls unbestritten, daß jeder, der innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches geboren sei, als Deutscher zu gelten habe. Das glanzvolle militärische Gepränge ebenso wie der bemerkenswerte wirtschaftliche Erfolg des Deutschen Reichs und nicht zuletzt das einigende Symbol des Kaisertums trugen dazu bei, ein intensiv empfundenenes Nationalbewußtsein entstehen zu lassen, das allmählich auch die anfänglich abseits stehende Arbeiterschaft und die katholischen Volksschichten erfaßte und in den Nationalstaat integrierte.

1919, nach dem Verlust des Ersten Weltkriegs, kam ein bitteres Erwachen. Im Kriege selbst hatte sich immer deutlicher herausgestellt, daß trotz der nationalen Begeisterung der ersten Kriegsjahre, der sich auch die Arbeiterschaft nicht entzog, die tiefen inneren Bruchlinien, die die Wilhelminische Gesellschaft durchzogen hatten, nicht wirklich überwunden worden waren. Der Frieden von Versailles wurde gerade auch in nationaler Hinsicht als niederschmetternd empfunden. Das Deutsche Reich verlor, von Elsaß-Lothringen und Nordschleswig ganz abgesehen, weite Gebiete, insbesondere im bislang „deutschen“ Osten, an das neu erstehende Polen und an andere Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns und des zarischen Reiches. Es handelte sich um Gebiete, in denen zwar die Deutschen überwiegend nur die wirtschaftlich dominante und, wie man damals gerne sagte, kulturtragende Oberschicht, aber nicht die Mehrheit der Bevölkerung gebildet hatten. Diese Verluste

haben die Deutschen während der Zeit der demokratischen Republik von Weimar mit ganz überwiegender Mehrheit als unerträglich empfunden. In Ostmitteleuropa sei, wie damals eine einflußreiche Gruppe von Historikern und Staatsrechtlern argumentierte, die Anwendung des westeuropäischen Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Nationen ein Unding und eine schwere Ungerechtigkeit; hier könnten auf Dauer nur übernationale Formen staatlicher Ordnung Bestand haben, durch die - wie sollte es auch anders sein - der deutschen Volksgruppe weiterhin eine hegemoniale Stellung im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben garantiert würde. Noch in den zwanziger Jahren wäre demgemäß eine Beschränkung des Geltungsbereichs der deutschen Nationalidee auf das Deutsche Reich in seinen durch den Versailler Vertrag zurückgeschnittenen Grenzen weithin als völlig unannehmbar empfunden worden. Ja mehr noch, auch die „kleindeutsche“ Lösung, die bislang im Grundsatz von allen gesellschaftlichen Gruppen akzeptiert worden war, wurde nun ernstlich in Frage gestellt. Die Vereinigung der demokratischen Republik von Weimar mit den Deutschen Österreichs wurde nunmehr immer stärker als ein unverzichtbares Ziel hingestellt, das allein die Vollendung der Nationwerdung der Deutschen bringen könne. Erst nach 1945, in einer dramatisch veränderten Situation, bürgerte sich in der Bundesrepublik die Sprachregelung ein, daß die Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates in den Grenzen von 1937, das heißt vor dem Beginn der nationalsozialistischen Expansionspolitik, das legitime nationale Ziel der Deutschen darstelle, gleichsam unter Ausblendung einer langen nationalistischen Debatte, wie sie in den späteren Jahren der Weimarer Republik in immer hitzigeren Formen geführt worden war und die dann unter dem Nationalsozialismus einen Höhepunkt erreicht hatte.

Diese Tatsache zeigt zur Genüge, welch tiefgreifende Veränderungen das nationale Selbstverständnis der Deutschen unter dem Deckmantel des sogenannten historischen Staatsrechts, das heißt des Anspruchs auf die Wiederherstellung eines ehemals bestehenden staatlichen Zustands der deutschen Nation, durchlaufen hat. Die Berufung auf vergangene staatliche Zustände erweist sich in moralischer und sachlicher Hinsicht gleichermaßen als brüchig, ebenso wie die Berufung auf „objektive Kriterien“ wie Sprache und Kultur. Dennoch bildet das Festhalten an der staatsrechtlichen Tradition seit dem deutschen Kaiserreich bis heute eine wesentliche Grundlage unserer politischen Orientierung und nicht zuletzt auch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts über die Grenzen der Geltung der Ostverträge sowie der rechtlichen Regelungen hinsichtlich der Anerkennung von Rückwanderern aus Osteuropa als Bürger der Bundesrepublik.

Die Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus über weite Teile Europas und die dadurch ausgelöste Umsiedlung beziehungsweise Vertreibung von vielen Millionen von Menschen, keineswegs nur von Deutschen, haben die nationalen und politischen Verhältnisse in Ostmitteleuropa so grundsätzlich verändert, daß im Grunde jegliches Anknüpfen an die politischen Verhält-

nisse vor dem Zweiten Weltkrieg einer Fiktion gleichkommt. Die Westverschiebung Polens nach dem Zweiten Weltkrieg ist das wichtigste Ergebnis dieser Entwicklung. Sie – ebenso wie die nach dem Zweiten Weltkrieg teilweise neu gezogenen Grenzen zwischen den anderen osteuropäischen Völkern - unter dem Gesichtspunkt etwaiger historischer Rechte der Deutschen in Frage zu stellen, und sei es auch nur aufgrund des von den Vertriebenenverbänden viel bemühten „Heimatrechts“, würde einer erneuten Destabilisierung Europas gleichkommen - mit unabsehbaren politischen Konsequenzen, die den Weltfrieden ernstlich gefährden könnten. Hier bleibt nur ein Weg offen, nämlich die territorialen Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges als unveränderlich anzuerkennen, als Preis für die Wiedererlangung der Einheit der beiden deutschen Staaten, die sich unter unterschiedlichen Bedingungen nach 1945 auf dem Restterritorium des ehemaligen Deutschen Reiches herausgebildet haben. Mit anderen Worten, die Grenzen des deutschen Nationalstaats würden nicht die Grenzen des Jahres 1871 oder des Jahres 1919 beziehungsweise des Jahres 1937, sondern jene des Jahres 1990 sein müssen. Dies bedingt die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Ostgrenze des sich gegenwärtig herausbildenden deutschen Föderativstaates. Jede andere Option würde bedeuten, daß diese, den Deutschen dank des sich lockernden Griffs des russischen Imperiums nahezu unverdient zuwachsende, historische Chance verspielt und die in Entstehung begriffene neue Ordnung in Ostmitteleuropa auf alle absehbare Zukunft destabilisiert würde.

Weder die Berufung auf die staatsrechtliche Kontinuität des Deutschen Reiches, gleichviel welche Stichdaten man dabei wählen mag, noch der Rekurs auf sogenannte objektive Kriterien herkömmlicher Art sind in unserer heutigen Situation tragfähig. Es ist dies allein die Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Bürger in der DDR und in der Bundesrepublik. Nur das Selbstbestimmungsrecht in der Tradition Mazzinis und der westlichen Demokratie wird von unseren Partnern im Westen ebenso wie von den Völkern in Osteuropa als unbezweifelbar legitim anerkannt, nicht der Rückgriff auf Traditionsbestände der deutschen Nationalgeschichte, in welcher Weise dies auch immer geschehen möge.

Selbstbestimmung als oberstes Prinzip

Im übrigen haben die Deutschen insbesondere in der westlichen Welt nicht zuletzt deshalb ihre Respektabilität zurückgewonnen, weil sie mit ihrer eigenen Geschichte rückhaltlos kritisch zu Werke gegangen sind und das deutsche Nationalbewußtsein einem gründlichen Läuterungsprozeß unterworfen haben. An und für sich würde es in unserer heutigen Welt von nachrangiger Bedeutung sein, ob die Deutschen sich in einem oder in mehreren Staaten deutscher Nation politisch organisieren, sofern ihnen nur uneingeschränkte Freiheitsrechte gewährt werden. Schon die Epoche des „Deutschen Bundes“ von 1815 bis 1867 war weit besser als der Ruf, den sie bei den durchweg nationalgesinnten bürgerlichen Historikern des 19.º Jahrhunderts genoß,

ermöglichte sie doch eine bemerkenswert lebendige Entfaltung der deutschen Nationalkultur. In unserer gegenwärtigen Welt haben Grenzen vollends an Bedeutung verloren; sie hindern nicht länger -weder die wirtschaftliche, noch die kulturelle, und auch nicht die politische Entwicklung einer Nation. Insofern könnten die Deutschen auch mit einer Konföderation leben, wenn sich diese unter den gegenwärtigen Bedingungen zustande bringen ließe. Dem steht allerdings allein schon der Rechtsstatus West-Berlins entgegen, das entweder zu einem eigenständigen Staatsgebilde fortentwickelt werden müßte, sehr zur Irritation der Berliner, oder in einem Nachfolgestaat der DDR aufgehen müßte, um in einer solchen Konföderation einen angemessenen Platz zu finden. Alles dies ist komplizierter und den seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges historisch gewachsenen Gegebenheiten weniger angemessen als die Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf einer weitgehend föderalistischen Grundlage. Vor allem die ökonomischen Realitäten drängen zu raschem Handeln; denn das bestehende krasse Ungleichgewicht der Lebensführung der Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR stellt einen destabilisierenden Faktor erster Ordnung dar, der auch unter außenpolitischen Gesichtspunkten so schnell wie möglich abgebaut werden muß. Das Interesse an einer raschen Überwindung der wirtschaftlichen Misere in der DDR ist ein Faktor, der dem nationalen Denken der DDR-Bevölkerung eine zusätzliche Schubkraft verleiht, wie umgekehrt im Westen die Versuchung gegeben ist, unter nationaler Flagge ökonomische Eroberungen in der DDR zu betreiben. Unter diesen Umständen ist es müßig, über die theoretisch beste Form zu diskutieren, in der die ganze deutsche Nation ihre Selbstbestimmung wiedererlangt. Die rasche Wiederherstellung der Einheit der beiden nach 1945 begründeten deutschen Staaten, an der im übrigen auch die Großmächte noch auf ihren ersten großen Nachkriegskonferenzen im Prinzip festgehalten haben, auch wenn sie damit höchst unterschiedliche Zielsetzungen verbanden, bleibt als einzig gangbarer Weg bestehen. Alle Übergangsformen werden sich als handlungsunfähig erweisen, weil ihnen die notwendige Legitimität fehlt. Dies erfordert freilich zugleich eine Abkehr von nationalistischen Denkformen herkömmlicher Art. Nur ein nationales Bewußtsein, das sich primär auf das Prinzip der Selbstbestimmung der in den heutigen Grenzen der Bundesrepublik und der DDR lebenden Bürger gründet, kann einer solchen Politik als Rechtfertigung dienen.

Für weltoffenes Nationalbewußtsein

Im übrigen wird uns eine Selbstbeschränkung in nationaler Hinsicht, wie sie heute unabweisbar ist, leichter fallen, als dies auf den ersten Blick erscheint, so schwer es namentlich für die ältere Generation auch wiegen mag, daß ehemals deutsche Städte wie Breslau und Königsberg dem deutschen Nationalstaat, wenn auch nicht der deutschen Kulturnation, die weniger denn je an feste Grenzen gebunden ist, für immer verloren sind. In der Bundesrepublik hat sich längst ein Nationalbewußtsein neuer Art ausgebildet, für welches die staatsrechtliche Tradition seit dem Kaiserreich zunehmend an Kraft verloren

hat. Dieses Nationalbewußtsein ist in erster Linie am wirtschaftlichen Erfolg und an dem erfolgreichen Aufbau eines freiheitlichen politischen Systems orientiert und steht nicht länger in einem latenten Spannungsverhältnis zur politischen Kultur Westeuropas und den USA, wie dies so lange der Fall war. Es bedarf demnach nicht mehr einer künstlichen Reaktivierung eines traditionellen nationalen Geschichtsbewußtseins. Und auch die deutsche Kulturnation, soweit man von einer solchen noch sprechen kann, ist in wesentlich geringerem Maße an spezifisch deutsche kulturelle Inhalte gebunden, als dies noch vor vierzig Jahren der Fall war. Vielmehr hat die deutsche Kultur heute, unter dem Einfluß der technologischen, aber auch der kulturellen Entwicklung in der westlichen Welt, in einem ungewöhnlich hohen Maße Elemente der internationalen Kultur des Westens in sich aufgenommen. Man kann sogar sagen, daß die Anziehungskraft der Bundesrepublik auf die Deutschen der DDR und in Ostmitteleuropa gerade deshalb so groß ist, weil sie gleichsam einen Brückenkopf zur westlichen Welt darstellt.

Insofern ist zu hoffen, daß die politische Kultur der Bundesrepublik kräftig genug sein wird, die Reste eines althergebrachten deutschtümelnden Nationalbewußtseins, die neuerdings nicht nur hier, sondern gerade auch in der DDR überdeutlich zutage getreten sind, zu neutralisieren und aufzusaugen. Allerdings sollten die Gefahren, die von Seiten der Neuen Rechten drohen, die immer noch nichts hinzugelernt hat, nicht gering eingeschätzt werden. Davon abgesehen wird die Vereinigung der beiden deutschen Staaten nur dann von Dauer sein, wenn sie eingebettet wird in eine europäische Staatenföderation, die die Sprengkraft der nationalen Idee zu bändigen versteht. Das schließt aus, herkömmliche nationale Ansprüche der Deutschen gegenüber den östlichen Anrainerstaaten zu verfechten, wenn und soweit diese darauf hinauslaufen, deren eigene staatliche Existenz zu unterminieren. Allein die Respektierung der nationalen Interessen unserer Nachbarn wird diese dazu bestimmen können, dem Prozeß der Einigung der deutschen Nation ihre Unterstützung nicht zu versagen.